

# Strommarkt, Kapazitätsmechanismen, Sicherheitsreserve, Kohleausstieg

**Referat von Eva Bulling-Schröter, MdB**  
Energie- und Klimapolitische Sprecherin  
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.  
am 27. Juni 2016 Brüssel



## Inhalt

1. Deutsche Diskussion über Strommarkt, Kapazitätsmechanismen und Klimaschutzbeitrag von Kohlekraftwerken, Strommarktgesetz in Deutschland
2. Warum ist dies aus Sicht der LINKEN keine Lösung?
3. Vorschlag DIE LINKE: Kohleausstieg



■ Grünbuch veröffentlicht  
Okt. 2014

Öffentliche Konsultation  
bis März 2015

■ Weißbuch Strommarkt  
veröffentlicht Mai 2015

Öffentliche Konsultation  
bis Sept. 2015

■ Strommarktgesetz  
Kabinettsbeschluss  
Nov. 2015

■ Deutscher Bundestag  
Abschluss: 23.06.2016

## Kernfrage des Konsultationsverfahrens für das Strommarktgesetz war:

- Kann ein optimierter Strommarkt dafür sorgen, dass Investitionen in die selten genutzten, aber dennoch erforderliche Kapazitäten (z.B. Gaskraftwerke) getätigt werden?
- Oder bedarf es dafür eines zusätzlichen Kapazitätsmarktes; wenn ja, welchem?

## Modelle in der Debatte über Kapazitätsmechanismen:

- Strategische Reserve  
(Beispiel: Finnland, Schweden)
- **Kapazitätsmarktmodelle**
  - dezentral  
(Enervis/BET/BDEW/VKU – Beispiel: z.T. Frankreich)
  - zentral umfassend  
(EWI – Beispiel: einige US-Staaten, Kolumbien)
  - zentral fokussiert  
(Öko-Institut – Beispiel: keine)
- Entwicklung EOM zu EOM 2.0  
(frontier economics/ r2b / EnBW)

Deutsche Bundesregierung hat bereits frühzeitig ihre Ablehnung eines Kapazitätsmarktes und ihre Vorliebe für EOM 2.0 mit Reserve bekundet

# Rückblick: Teil der Kapazitätsdebatte: Kluger Vorschlag Gabriels: Klimaschutzbeitrag Kohlekraftwerke (März 2015)

- Problem: Klimaschutzlücke bis 2020:  
Stromsektor muss **22 Mio. t CO<sub>2</sub>-Minderung *zusätzlich*** leisten
- Klimabeitrag für Kohlekraftwerke: Zusätzliche CO<sub>2</sub>-Zertifikate
- Kein Kahlschlag, aber älteste und ineffizienteste  
Braunkohlekraftwerke hätten zeitweise zurückfahren müssen
- Steinkohle- und Gaskraftwerke hätten dafür an Wert gewonnen
- gewaltiger Netto-Stromexport würde zurückgehen
- Geringe Wirkung auf Strompreis und Beschäftigung

# Aber:

- April 2015: Proteste von 10.000 Gewerkschaftern (IGBCE) und Beschäftigten der Kohleindustrie
- Juni 2015: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zieht Vorschlag Klimaschutzbeitrag der Kohlekraftwerke zurück
- November 2015: Vereinbarung mit Braunkohlewirtschaft: **Sicherheitsreserve** Braunkohlekraftwerke
- Kosten: 230 Mio EUR / Jahr, 7 Jahre lang  
➔ 1,6 Milliarden EUR



CO<sub>2</sub>-Einsparung „Sicherheitsreserve“:  
nur 12,5 Mio t  
d.h. 10 Mio t fehlen noch!

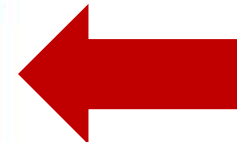
# Nach Paris müssen wir handeln!

- Abkommen von Paris (Dezember 2015) **erstmalig völkerrechtlich verbindliches Ziel**, die Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf „deutlich“ unter 2 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, wenn möglich nur um 1,5 Grad Celsius (Inselstaaten)
- die bisher beim UN-Klimasekretariat eingereichten **freiwilligen nationalen Klimaschutzpläne** (NDCs, Überprüfung alle fünf Jahre ab 2023, Verschlechterungsverbot der Ambitionen) führen uns in **eine 3-Grad-Welt**
- entscheidend ist wegen historischer Verantwortung Deutschlands (Industriestaat) **nationale Umsetzung** der Pariser Klimabeschlüsse!



# 1,5 Grad-Ziel hieße: Kohleausstieg bis 2025

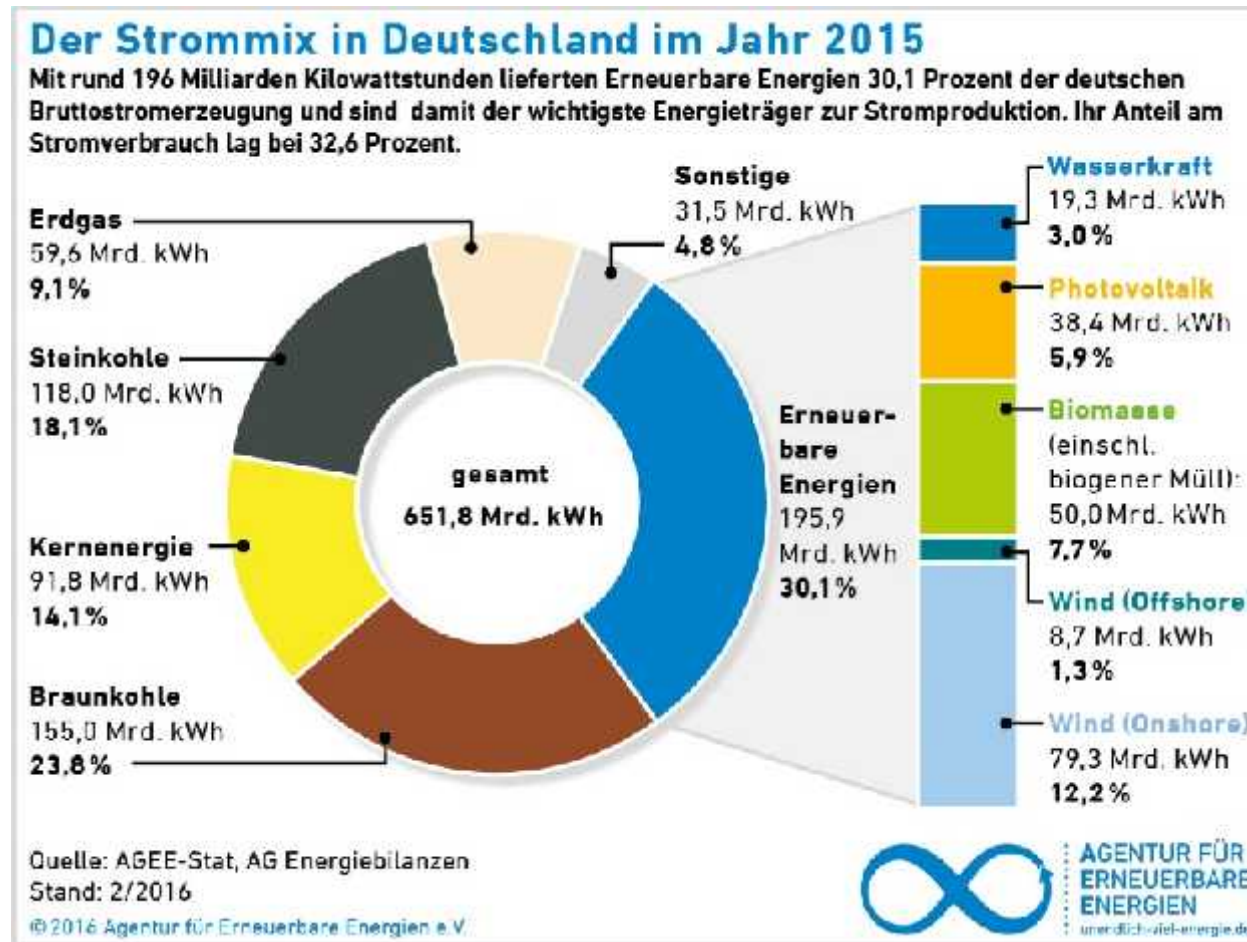
Themenbereich / Sektor	Indikator	Ziel der Bundesregierung	Herausforderung 2°C Ziel	Herausforderung 1.5°C Ziel nach Pariser Abkommen
<b>Treibhausgasemissionen aus Energienutzung</b>	Zeitpunkt zu dem Emissionen aus Energienutzung null erreichen müssen	./.	2050-2060	vor 2035
<b>Erneuerbare Energien</b>	Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiemix	30% bis 2030 45% bis 2040 60% bis 2050	100% in 2050 bis 2060	100% vor 2035
	Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix	50% bis 2030 65% bis 2040 80% bis 2050	100% bis 2050	100% vor 2030
<b>Stromerzeugung mit fossilen Brennstoffen</b>	Zeitpunkt zu dem Emissionen aus Kohleverstromung null erreichen müssen	./.	2040 / 2050	etwa 2025
	Zeitpunkt zu dem Emissionen aus Stromerzeugung aus Erdgas null erreichen müssen	./.	2050	vor 2030
	Verkehrsvermeidung und	./. (Individualver-	Reduktion des Individualverkehrs	Reduktion des Individualver-



Quelle: New Climate Institute / greenpeace  
(Studie „Was bedeutet Pariser Abkommen...“)

Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.

# Anteil Braunkohle an Stromerzeugung: 23,8 %

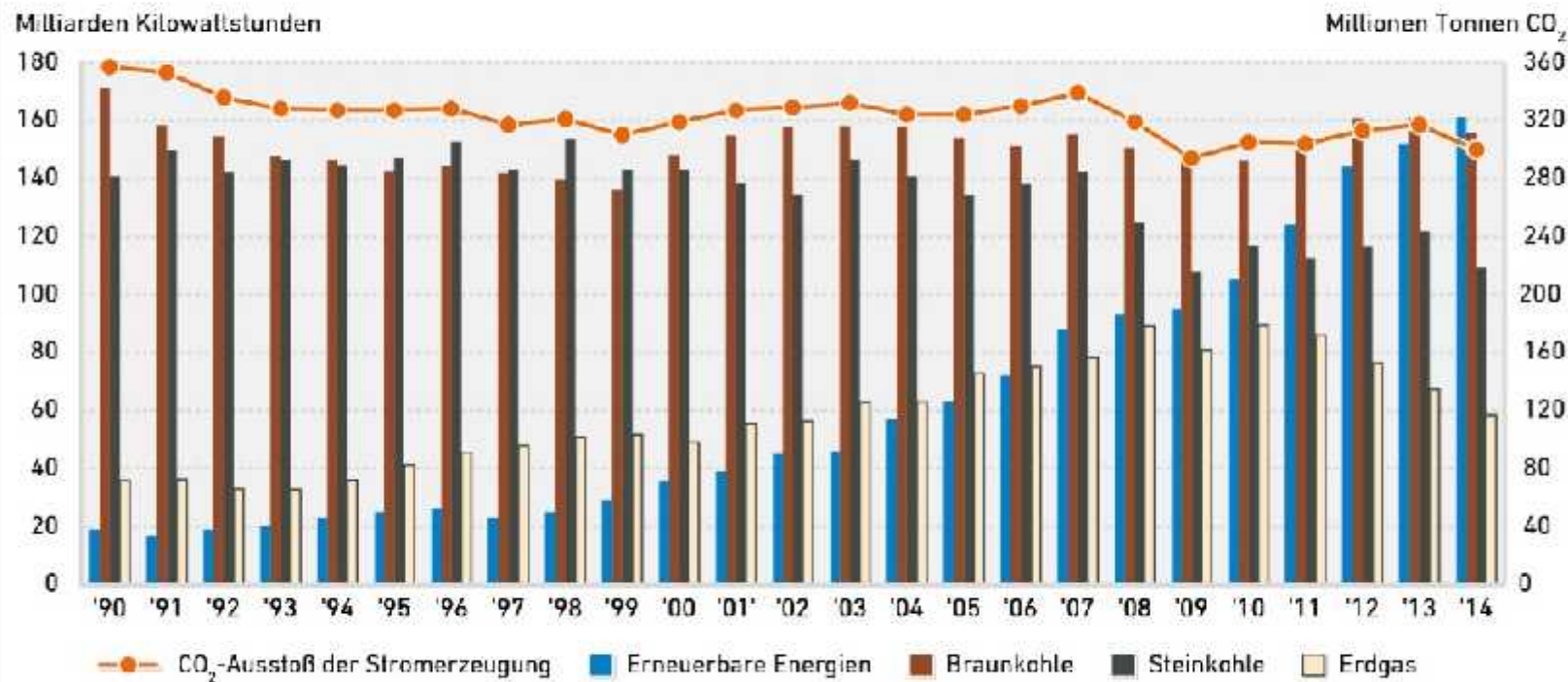


Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.

Fast kein  
Rückgang  
Braunkohle  
trotz  
Energiewende

## Stromerzeugung aus fossilen und Erneuerbaren Energien sowie Kohlendioxidausstoß des Stromsektors in Deutschland

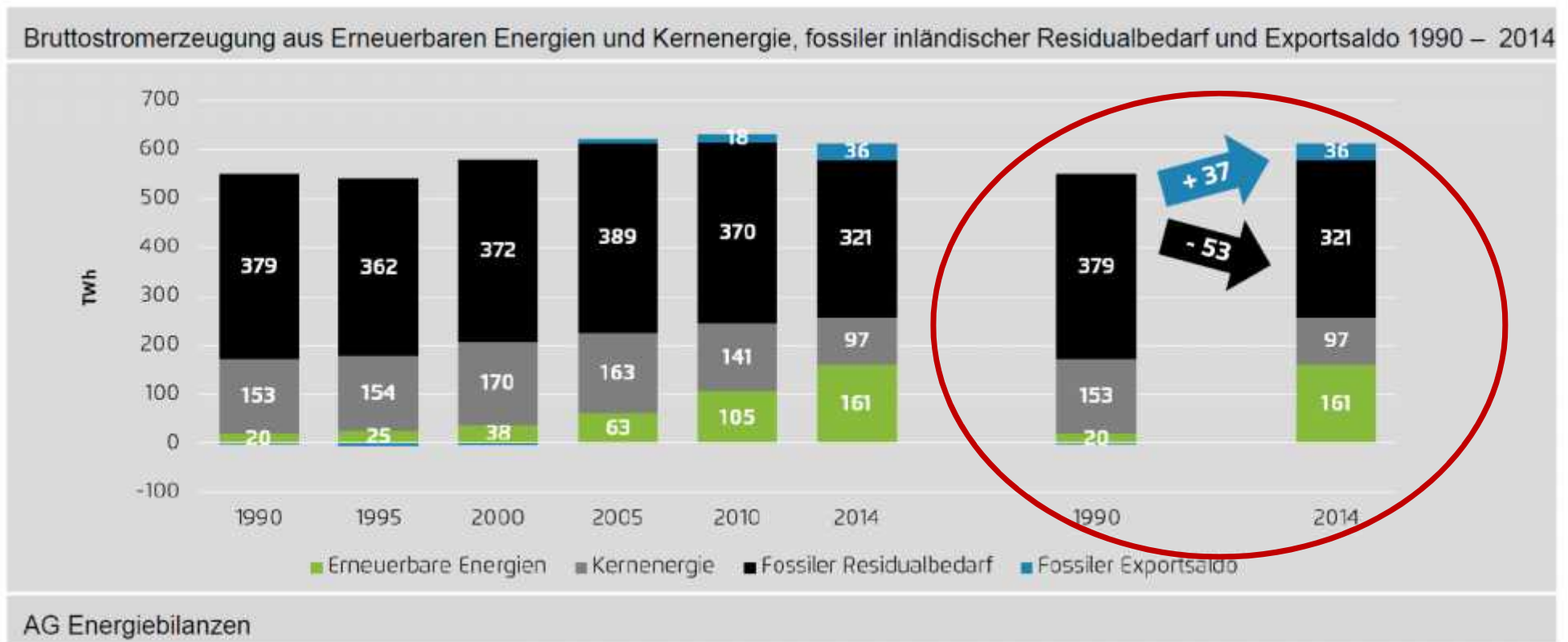
Trotz des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien verharret der Kohlendioxidausstoß des Stromsektors auf hohem Niveau. Ursache ist vor allem die hohe Stromerzeugung aus Braunkohle.



Quellen: AG Energiebilanzen, UBA, enervis  
Stand: 6/2015

# Problem: Stromexport

Rückgang bei fossilem Verbrauch im Inland, aber mehr Export

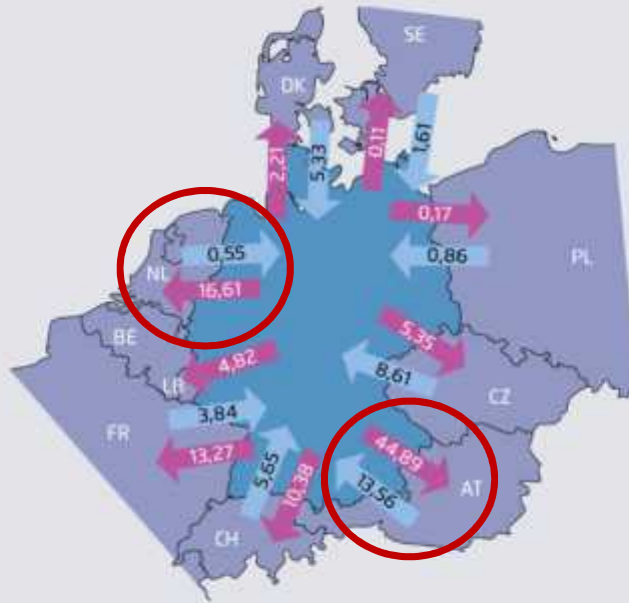


Quelle: Agora Energiewende

Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.

# Rekordjahr 2015 für Stromexport: v.a. nach Niederlande und Österreich

Handelsflüsse mit Nachbarländern 2015



Exporte: 97,8 TWh (2014: 76,5 TWh)  
Importe: 36,9 TWh (2014: 41,1 TWh)  
Saldo: 60,9 TWh (2014: 35,1 TWh)  
Stromhandel in TWh

Berechnungen auf Basis von ENTSO-E 2015. Kommerzielle Stromhandelsflüsse dargestellt, keine physikalischen Stromflüsse

Quelle: Agora Energiewende

Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.

# DIE LINKE: Kohleausstieg in drei Schritten

Bisher 3 LINKE Anträge Kohleausstieg (seit 2013)

Jetzt nach Paris: Am 12. Mai 2016 hat DIE LINKE BT-Fraktion erneut einen Kohleausstiegsantrag in den Bundestag eingebracht. Demnach:

1. Kohleausstiegsrahmengesetz (KohleausstiegsRG) (bis Juli 2016)
2. Runder Tisch (ca. 07.2016 bis 06.2017)
3. Kohleausstiegsgesetz (bis Juli 2017)



# DIE LINKE: Kohleausstieg 1. Schritt

## 1. Kohleausstiegsrahmengesetz beinhaltet u.a.

- **Ausstieg** beginnt spätestens **Juli 2017** mit planmäßigen Stilllegungen mit blockscharfen Restlaufzeiten bzw. Reststrommengen. 2035 letzter Kohlemeiler vom Netz, keine Stilllegungsprämien
- **Kein Neubau** von Kohlekraftwerken, **kein Neuaufschluss** von Tagebauen
- **Strukturwandelfonds**, jährlich 250 Millionen Euro (Regionen, Beschäftigte): arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitische Begleitung – Mitwirkung vor Ort
- keine betriebsbedingten Kündigungen
- **Nachsorgefonds** für a) bisherige Rückstellungen b) künftige Förderabgabe Braunkohleförderung

# DIE LINKE: Kohleausstieg 2. Schritt

## 2. Runder Tisch erarbeitet u.a.

- Details des **Kohleausstiegsgesetzes** (z.B. Restlaufzeiten, Reststrommengen)
- konkrete Ausgestaltung der **strukturpolitischen Begleitung** des Kohleausstiegs; **gesellschaftlicher Dialogprozess** und Entscheidungen in den betroffenen Regionen / Länder/ Kommunen
- erarbeitet Vorschläge über Ausrichtung, regionale Aufteilung und Verwendung des **Strukturwandelfonds** Kohleausstieg
- sowie Vorschläge für Übergang bisheriger Rückstellungen in **Nachsorgefonds** und Ausgestaltung Förderabgabe



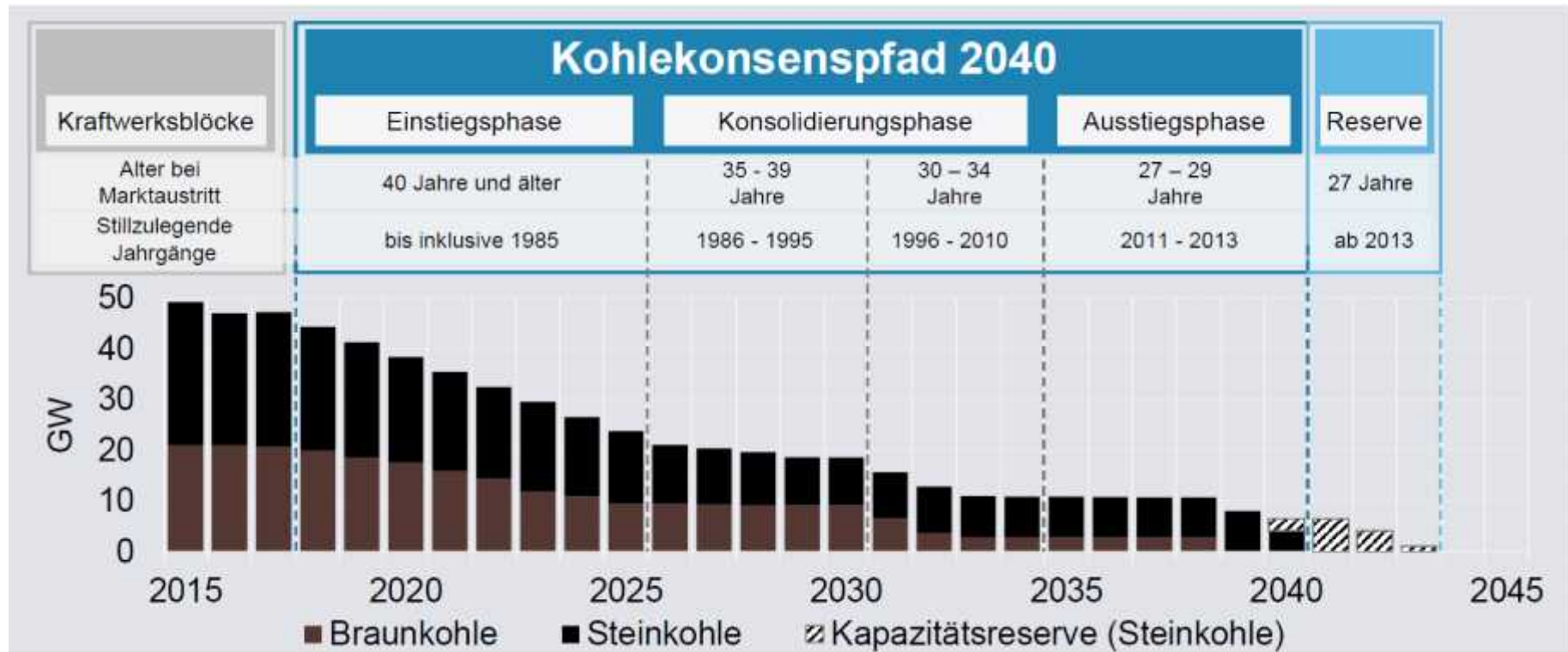
# DIE LINKE: Kohleausstieg 3. Schritt

## 3. Kohleausstiegsgesetz (ab spätestens Juli 2017)

### Vorschlag DIE LINKE für Runden Tisch

- Laufzeiten **bzw.** Reststrommengen der einzelnen Kohlekraftwerke festlegen
- jedes Kraftwerk erhält Enddatum, bis 2025 gehen alle Kraftwerke über 40 Jahre vom Netz, danach schrittweise die jüngeren bis 2035 letzter Meiler
- Zuteilung von Reststrommengen nach Effizienzkriterien
- insgesamt Strommengenbegrenzung, um wachsendem Stromexport entgegen zu wirken
- Ausstiegskorridor Kohle entspricht Ausbaukorridor Ökostrom
- Über Mittelverwendung aus Strukturwandelfonds entscheiden Länder und Kommunen

# Kohleausstiegspfad mit Enddatum 2040



Quelle Grafik: Agora Energiewende

Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.

# Altersstruktur Braunkohlebergbau

Altersgruppe	Anteil
15-25 Jahre	12,10%
26-35 Jahre	10,69%
36-45 Jahre	9,41%
46-55 Jahre	44,31%
Über 55 Jahre	23,48%

**Zwei Drittel der Beschäftigten  
waren 2013 über 46 Jahre**

Altersstruktur im deutschen Braunkohlenbergbau, Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft<sup>4</sup>  
(Zahlen aus 2013)



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Eva Bulling-Schröter, MdB DIE LINKE.